

# BERLIN AKTUELL

**BÄRBEL  
BAS**



*FÜR DUISBURG IN BERLIN.*

**MAHMUT  
ÖZDEMİR**



## IMPRESSUM

HERAUSGEBER - V.I.S.D.P.:

MAHMUT ÖZDEMİR, MDB | BÄRBEL BAS, MDB

REDAKTION: JOHANNES JIANG | MANUEL REIß

LAYOUT & DESIGN: CHRISTIANE KRAMER

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

[www.baerbelbas.de](http://www.baerbelbas.de)

[www.oezdemir-fuer-duisburg.de](http://www.oezdemir-fuer-duisburg.de)

Texte werden z.T. über die SPD-Bundestagsfraktion bezogen.

**SPD**  
BUNDESTAGS  
FRAKTION



**Liebe Leserinnen und Leser,**

monatelang hat vor allem die CSU durch ihre Blockadehaltung die Einbringung eines Gesetzentwurfs gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen verhindert. Jetzt endlich kommt Bewegung in die Union, und der Gesetzentwurf kann ins Kabinett und danach ins Parlament eingebracht werden.

Gerechtigkeit heißt für uns: gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Dass dies auch im Bereich der Werkverträge und der Arbeitnehmerüberlassung gilt, stellt die SPD-Bundestagsfraktion mit dem vorliegenden Gesetzentwurf nun endgültig klar. Unsere Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hat sich dafür mit viel Standhaftigkeit eingesetzt.

Damit haben wir zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik eine gesetzliche Regelung, die ganz eindeutig die Rechte der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter stärkt. Und wir haben zum ersten Mal überhaupt Regeln, damit Werkverträge nicht missbraucht werden. Für über eine Million Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter wird es nun endlich klare Regeln für ihren Einsatz in Fremdfirmen geben.

2

Weitere Themen in der vergangenen Sitzungswoche waren der Verhandlungsstand beim transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP, die Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes, die Modernisierung der Steuerverwaltung sowie die Verleihung des Otto-Wels-Preises für Demokratie.

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Bärbel Bas

Mahmut Özdemir



## Inhaltsverzeichnis

<b>ARBEIT</b> Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen wird bekämpft!	3
<b>HANDEL</b> TTIP – offene Märkte brauchen gute Regeln	5
<b>SOZIALES</b> Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes	6
<b>FINANZEN</b> Weg frei für eine moderne Steuerverwaltung	8
<b>DEMOKRATIE</b> SPD-Bundestagsfraktion verleiht Otto-Wels-Preis für Demokratie	9

## TOP-THEMA

3

### ARBEIT

## Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen wird bekämpft!

Am vergangenen Dienstag hat sich der Koalitionsausschuss aus SPD und Union über den Gesetzentwurf zur Regelung von Missbrauch der Arbeitnehmerüberlassung und Werkverträgen verständigt. Mit kleinen Änderungen geht der Entwurf aus dem Hause von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles nun endlich in die Ressortabstimmung innerhalb der Bundesregierung und anschließend in das Parlament.

Die wichtigsten Regelungen:

- Künftig dürfen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter nur noch 18 Monate in einem Entleihbetrieb arbeiten. Wird diese Grenze überschritten, muss ihre Einstellung erfolgen. Eine längere Ausleihe soll nur dann möglich sein, wenn es entweder eine Tarif- oder eine Betriebsvereinbarung dazu gibt.
- Zudem soll ab Inkrafttreten des Gesetzes gelten, dass Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter nach neun Monaten den Anspruch auf die gleiche Bezahlung wie die Stammbesellschaft haben. Hier kann nur abgewichen werden, wenn



Branchenzuschlagstarife zwischen den Tarifparteien vereinbart wurden. Diese müssen bereits nach sechs Wochen Zuschläge vorsehen und spätestens nach 15 Monaten muss ein Lohn erreicht werden, der mit dem tarifvertraglichen Arbeitsentgelt eines vergleichbaren Arbeitnehmers in der Einsatzbranche übereinstimmt.

- Kein Einsatz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter als Streikbrecher.
- Gegen die missbräuchliche Nutzung von Werkverträgen soll durch die Pflicht zur Offenlegung der Arbeitnehmerüberlassung und die Abschaffung der so genannten Vorratsverleiherlaubnis vorgegangen werden. Momentan können Arbeitgeber, die mit illegalen Werkverträgen arbeitsrechtliche Schutzstandards umgehen wollen, diese später in Leiharbeit umdeklarieren und nachträglich legalisieren. Zukünftig muss in einem solchen Fall dem Beschäftigten ein Arbeitsverhältnis bei dem Entleiher angeboten werden und das vermeintliche Werkunternehmen sowie der Entleiher müssen ein Bußgeld zahlen.
- Außerdem wird anhand von der Rechtsprechung herausgearbeiteten Grundsätzen gesetzlich definiert, wer Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer ist. Dadurch soll die missbräuchliche Gestaltung von Fremdpersonaleinsatz durch Werkverträge verhindert werden.
- Zudem werden die Informationsrechte des Betriebsrates gestärkt und gesetzlich festgeschrieben.

### **Mehr Ordnung und Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt**

Bundesarbeitsministerin Nahles ist dankbar, dass die Einigung in der Koalition geklappt hat. Es sei ein großer Fortschritt, dass Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter mit dem Gesetzentwurf verbriefte Rechte bekämen, die sie einklagen könnten.

Ziel der SPD-Bundestagsfraktion ist, wieder Ordnung und Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt herzustellen. Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Maßnahmen sollen verhindern, dass Stamarbeitsplätze weiterhin durch den missbräuchlichen Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen gefährdet werden.





## HANDEL

### TTIP – offene Märkte brauchen gute Regeln

Am 11. Mai hat der Bundestag in einer Aktuellen Stunde über den Verhandlungsstand beim Freihandelsabkommen TTIP debattiert. Fraktionsübergreifend war man sich einig, dass weder die Bundesregierung noch der Bundestag ein Abkommen einfach „abnicken“ werden.

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) stellte klar: So ein Abkommen, wie es in den Unterlagen steht, die Greenpeace veröffentlicht hat, „wird es nicht geben“. Niemand würde das unterzeichnen. Er betonte erneut, dass es mit dieser Bundesregierung keine Absenkungen geben werde bei den europäischen Standards beim Arbeitsschutz, bei den Gesundheits- oder Umweltstandards.

Dies gilt auch für das sogenannte Vorsorgeprinzip. Dahinter verbirgt sich die europäische Regelung, dass kein Produkt auf den Markt kommen darf, das womöglich gesundheitsgefährdend sein könnte. In den USA herrscht dagegen das Risikoprinzip: Es muss erst bewiesen werden, dass ein Produkt schädlich ist – solange darf es auf dem Markt bleiben. Das wird hier nicht kommen. Gabriel: „Seit mehr als einem Jahr, sagen wir das auch ganz klar“.

5

#### **Den Mumm zu Verhandlungen haben**

Er kritisierte auch den Wunsch der Amerikaner, an den privaten Schiedsgerichten festzuhalten. Auch das werde es so nicht geben. Denn „offene Märkte brauchen gute Regeln“. Auf offene Märkte aber seien Europa, und besonders Deutschland, angewiesen.

Gabriel lehnt einen Abbruch der TTIP-Verhandlungen zwischen Europa und den USA ab. Man dürfe nicht immer nur sagen, was man nicht wolle, sondern müsse auch für das kämpfen, was an Inhalten hineinkomme: „Dazu muss man auch den Mumm haben. Ich habe keine Angst vor Verhandlungen“, sagte er. Und zwar nach dem Motto: „Gut vor schnell.“

Dirk Wiese, SPD-Mitglied im Wirtschaftsausschuss, verwies auf den Konventsbeschluss der SPD zu TTIP. Die Haltung seiner Partei und Fraktion sei dort klar definiert. „Wandel durch Handel“ sei die Leitschnur für faire Handelspolitik. Wiese stellte auch klar, dass die Grünen in den Bundesländern durchaus für TTIP seien, etwa in Baden-Württemberg.



„Die Opposition will in dem Fall gar nicht gestalten“, sagte der SPD-Abgeordnete Klaus Barthel. Sie sei einfach nur dagegen. Aber man könne Freihandel sehr wohl gestalten, und das tue seine Fraktion auch: „Wir haben Vorwärtsleitlinien“. Die Linksfraktion dagegen, kritisierte Barthel, betreibe nur „Euro-Chauvinismus“ gegen die Amerikaner.

## SOZIALES

### Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes

Fast 14 Jahre nach Inkrafttreten des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) und sieben Jahre nach dem Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Deutschland, ist es an der Zeit, das BGG weiterzuentwickeln. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat der Bundestag am 12. Mai in 2./3. Lesung beschlossen.

In der Debatte machte Bundessozialministerin Andrea Nahles (SPD) deutlich, dass die Reform des BGG ein wichtiger Schritt im Inklusionsprozess sei. Vieles sei schon erreicht worden: Bauliche Barrieren seien beseitigt worden, ein gemeinsamer Schulbesuch von Kindern mit und ohne Behinderungen sowie die Bereitstellung von Assistenzen seien möglich. Das gelte zwar noch nicht überall, aber es werde immer selbstverständlicher. Das Ziel sei: „Weniger behindern, mehr möglich machen“, sagte die Ministerin. Hier hätten die Bundesbehörden auch eine Vorbildfunktion für die Privatwirtschaft.

Die Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen der SPD-Fraktion, Kerstin Tack, verwies darauf, dass Appelle an die Privatwirtschaft für mehr Barrierefreiheit nicht ausreichen. Deshalb müsse in einem weiteren Schritt eine Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) erfolgen, die die Privatwirtschaft zur Barrierefreiheit inklusive eines Zeitplanes verpflichte.

#### **Teilhabe von Menschen mit Behinderungen voranbringen**

Ziel des Gesetzes ist es, die Teilhabe in verschiedensten Lebensbereichen für Menschen mit Behinderungen voranzubringen. Seit 2002 müssen bauliche Barrieren nur bei Neubauprojekten oder Baumaßnahmen des Bundes in einem finanziellen Umfang ab 2 Millionen Euro beseitigt werden. Mit der BGG-Novelle muss Barrierefreiheit nun generell in bestehenden Gebäuden hergestellt werden. Zusätzlich zu den Internetauftritten der Bundesbehörden, die bereits seit 2002 barrierefrei sein müssen, wird dies nun auf das Intranet,



die Vorgangsbearbeitung für Beschäftigte des Bundes sowie auf Apps und sonstige Anwendungen der Verwaltung für mobile Endgeräte ausgedehnt. In der parlamentarischen Beratung konnte die SPD-Fraktion durchsetzen, dass für den Abbau von baulichen und kommunikativen Barrieren verbindliche und überprüfbare Maßnahmen- und Zeitpläne vorliegen müssen.

Ein Meilenstein für die Inklusion ist, dass die Bundesbehörden nun vermehrt Informationen in Leichter Sprache bereitstellen sollen. Ab 2018 werden sie Menschen mit geistigen und seelischen Behinderungen Bescheide in Leichter Sprache kostenfrei erläutern.

Darüber hinaus soll es Verbesserungen beim Benachteiligungsverbot geben. Das bedeutet, wenn angemessene Vorkehrungen, wie Gebärdensprachdolmetscher, eine bauliche Veränderung oder die Bereitstellung einer barrierefreien PDF-Datei, für Menschen mit Behinderungen durch Träger öffentlicher Gewalt versagt werden, gilt dies als Benachteiligung. Das BGG erkennt auch an, dass eine besondere Situation der Benachteiligung aus mehreren Gründen wie Behinderung und Geschlecht vorliegen kann. Davon werden insbesondere Frauen mit Behinderungen profitieren, die häufig Diskriminierung erfahren.

7

Zur Unterstützung der Umsetzung von Barrierefreiheit soll bei der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See eine Bundesfachstelle eingerichtet werden, die die öffentliche Verwaltung, die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft beim Abbau von Barrieren berät. Darüber hinaus soll die Wirksamkeit des BGG durch eine neue Schlichtungsstelle für Konflikte im öffentlich-rechtlichen Bereich, die bei der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen angesiedelt wird, gestärkt werden.

Die Förderung der Beteiligung von Verbänden von Menschen mit Behinderungen – vor allem von Selbsthilfeorganisationen – an politischen Prozessen durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird rechtlich verankert. Gefördert sollen unter anderem Kommunikationshilfen, Verbesserungen der technischen Infrastruktur und Fortbildungen.



## FINANZEN

### Weg frei für eine moderne Steuerverwaltung

Der Großteil der Steuererklärungen soll künftig vollautomatisch bearbeitet werden. Das hat der Bundestag am Donnerstag in 2./3. Lesung beschlossen. Durch diese Vorgehensweise sollen Beschäftigte in den Finanzämtern von Routinearbeiten entlastet und zusätzliche Kapazitäten für die Bearbeitung komplizierter Sachverhalte geschaffen werden.

Durch das Steuermodernisierungsgesetz werden die rechtlichen Grundlagen für eine umfassende Anwendung moderner Informationstechnologien der Steuerverwaltung geschaffen. Trotz der stärkeren Beachtung von Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten im Besteuerungsverfahren wird es keine Abstriche bei den rechtstaatlichen Prinzipien, etwa dem Anspruch auf rechtliches Gehör der Steuerpflichtigen geben.

Frank Junge, zuständiger Berichterstatter der SPD-Fraktion, betont: „Mit dem Steuermodernisierungsgesetz wird ein umfassendes Maßnahmenpaket umgesetzt, das die Bearbeitung von Steuererklärungen schneller und effizienter gestalten soll. Das Gesetz ist die Basis für eine automatisierte und computergestützte Steuerfestsetzung, die Bürgerinnen und Bürger sowie Finanzverwaltungen gleichermaßen entlastet.“

8

Die SPD-Fraktion hat außerdem dafür gesorgt, dass die Belange der Steuerpflichtigen nicht zu kurz kommen. So wurden auf Betreiben der Sozialdemokraten die zunächst vorgesehenen automatischen Mindestverspätungszuschläge für von Steuerberatern zu spät eingereichte Steuererklärungen abgesenkt. Statt der geplanten Mindestzuschläge von 50 Euro für jeden angefangenen Verspätungsmonat, wird nunmehr ein Zuschlag von 25 Euro erhoben. Für unberatene Steuerpflichtige, die ihre Steuererklärung selbst einreichen, wird es keine automatische Festsetzung von Verspätungszuschlägen geben. Bei ihnen wird ein Verspätungszuschlag wie bisher nur im Einzelfall und nach pflichtgemäßem Ermessen des Finanzbeamten festgesetzt. Die SPD-Fraktion setzte auch durch, dass unberatene Steuerpflichtige, die einer Pflichtveranlagung unterliegen, für die Einreichung ihrer Steuererklärung mehr Zeit erhalten. Das ist etwa bei Steuerpflichtigen mit einer Lohnsteuerklassenkombination III/V der Fall. Für diese Steuerpflichtigen wird die Abgabefrist von Ende Mai auf Ende Juli verlängert.





## DEMOKRATIE

### SPD-Bundestagsfraktion verleiht Otto-Wels-Preis für Demokratie

Im Rahmen ihres Frühjahrsempfangs hat die SPD-Bundestagsfraktion am 11. Mai die Gewinnerinnen und Gewinner des „Otto-Wels-Preises für Demokratie“ ausgezeichnet. Der Jugendkreativwettbewerb stand in diesem Jahr im Zeichen der europäischen Idee. Laudatorin war die Schauspielerin Jasmin Tabatabai.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat den von ihr initiierten Preis bereits zum vierten Mal verliehen. Unter dem Motto „Zukunft Europa(s)“ waren Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 20 Jahren aufgerufen, sich mit der Zukunft der europäischen Idee auseinanderzusetzen. Wählen konnten sie dabei zwischen drei Aufgabenstellungen: „Europa 2030“, „Die Faszination der europäischen Idee“ oder „Demokratie stärken“. Dutzende Bewerbungen gingen ein.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann zeigte sich beeindruckt vom enormen „Ideenreichtum“ der Teilnehmerinnen und Teilnehmer – Europa brauche mehr überzeugte Europäerinnen und Europäer. „Es ist wichtig, die Erinnerung an die Schrecken der Nazi-Herrschaft wachzuhalten und das Bewusstsein gerade auch der jungen Generation dafür zu schärfen, dass die Grundlagen unserer Demokratie immer wieder erneuert und verteidigt werden müssen“, sagte Oppermann in seiner Rede vor der Verleihung.

Die im Iran geborene Schauspielerin und Sängerin Jasmin Tabatabai erklärte, Europa stehe für sie insbesondere für „Freiheit und Demokratie“. Es mache hier „keinen Unterschied, welche Kleidung ich trage, was ich sage, wen ich liebe. Das alles sind Errungenschaften von Europa“.

Die Preisträger des diesjährigen Otto-Wels-Preises sind:

#### **1. Platz: Stefan Endeward (Kurzgeschichte „Klassentreffen“), Kategorie „Europa 2030“**

Mit seiner „sehr literarischen, sprachlich eindrucksvollen und kritisch-reflektierenden Kurzgeschichte überzeugte Stefan Endeward die Jury“, zitierte Laudatorin Jasmin Tabatabai das Jurorenurteil. Im Jahr 2030 reist der Protagonist der Kurzgeschichte, Jörn, nach Berlin, um in seiner ehemaligen Schule seine Abiturklasse wiederzutreffen. Stefan Endeward verbindet in seiner Kurzgeschichte die sehr unterschiedlichen, mitunter gemischten Gefühle der Hauptperson zu den ehemaligen Mitschülern mit den historischen Veränderungen in den



nunmehr „Vereinigten Europäischen Staaten“. Er schafft in seiner Geschichte ein Europa, das sich trotz oder gerade wegen der heutigen Probleme wieder zu einer Idee und einer Gemeinschaft entwickelt hat, die zusammensteht, aus ihren Fehlern gelernt hat und die sich ständig neu erfindet und dabei die ureuropäische Idee fest im Blick hat. Mit Stefan freuten sich die für ihn zuständigen SPD-Abgeordneten Mechthild Rawert und Klaus Mindrup.

**2. Platz: Clea Kleffmann (Rede), Kategorie „Die Faszination der europäischen Idee“**

Den zweiten Platz belegte Clea Kleffmann aus Recklinghausen. Sie füllt mit ihrer Rede eine naheliegende Idee mit sehr viel Leben. In ihrer Rede richtet Clea sich an das Europäische Parlament: sie schlägt vor, analog zu den EU-Gipfeltreffen EU-Workshop-Camps ins Leben zu rufen, um die Jugend Europas regelmäßig zu diesem wichtigen Anlass zusammenzubringen und die europäische Idee zu verbreiten. Der für Recklinghausen zuständige SPD-Abgeordnete Frank Schwabe gratulierte Clea herzlich.

**3. Platz: Manuel Beh (Essay), Kategorie „Demokratie stärken“**

Mit seinem Essay gewann Manuel Beh aus Gusterath den 3. Platz des Kreativwettbewerbs. Jasmin Tabatabai zitiert das Juryurteil der SPD-Fraktion mit den Worten: „Manuel beschreibt meinungsstark und mit einer deutlichen Haltung, wie und warum Rechtsextremismus bekämpft werden muss. Für Manuel ist wichtig, dass Prävention bereits in der Schule beginnt“. Für seine kreative Umsetzung bekam Manuel auch Lob von seiner Abgeordneten Katarina Barley.

Die Wettbewerbsbeiträge zum Nachlesen:

<http://www.spdfraktion.de/themen/zukunft-europas-sicht-junger-kreativer>

Fotos von der Verleihung gibt es hier:

[www.flickr.com/photos/spdbundestagsfraktion/sets/72157668203703736](http://www.flickr.com/photos/spdbundestagsfraktion/sets/72157668203703736)